

Die Mindestsicherung auf dem

Thema: Artikel „Rebellion gegen Landesregierung“, *TT* vom 31. August.

Mit großer Besorgnis verfolgen wir die derzeitige Diskussion um die Mindestsicherung. Dieses letzte Netz der existenziellen Absicherung hat laut Gesetz das Ziel, Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen und soll das Führen eines menschenwürdigen Lebens ermöglichen.

Die derzeitige Stimmungsmache gegen unser Sozialsystem halten wir für äußerst gefährlich. Auch Neid gegenüber Mindestsicherungsbeziehenden halten wir für unangebracht: Bei den in der *TT* vom 31.8. präsentierten Fallbeispielen bekommen die Erwachsenen in Lebensgemeinschaft je 470 Euro, die Kinder je 207 Kind, von diesem Mindestsatz ist das alltägliche Leben zu bestreiten (Essen, Kleidung, Strom, Telefon...) – der große Rest sind Wohnkosten! Die Mieten sind im Großraum Innsbruck außerordentlich hoch, deshalb ist es wichtig, dass die Mindestsicherung eine Unterstützung in tatsächlicher, ortsüblicher Höhe gewährt. Die Alternative hierzu wäre eine steigende Verarmung und die Zunahme von woh-



Nicht immer hat die Anfrage beim Arbeitsamt Erfolg. Viele Menschen

nungslosen Menschen.

In unserer täglichen Arbeit sind wir auch mit Menschen konfrontiert, die aus anderen Bundesländern nach Tirol bzw. Innsbruck gezogen sind und jetzt hier Mindestsicherung beziehen. Die Motivation dieser Menschen war allerdings nicht die Höhe der Unterstützung, sondern vielmehr die Hoffnung, hier mehr Chancen auf bezahlte Arbeit zu haben. Sehr vielen gelingt dies auch, aber leider nicht allen. Dies ist auch nicht weiter verwunderlich, da es wesentlich mehr Arbeitssuchende als Arbeitsstellen gibt (388.000 Suchenden stehen 43.000 offene Stellen

in Österreich gegenüber). Nun nach dem Florianiprinzip Armutsbetroffene der Reihe nach in immer mehr Bundesländern und Gemeinden von Sozialleistungen auszugrenzen und den Zugang zu einem menschenwürdigen Leben zu erschweren, ist äußerst kurzsichtig und realitätsfern: In Anbetracht der Arbeitsmarktsituation ist derzeit so schnell nicht von einer Vollbeschäftigung auszugehen, deshalb sollten wir, wenn schon nicht aus selbstverständlicher Solidarität oder christlicher Nächstenliebe wenigstens zur Wahrung des sozialen Friedens Menschen, die hier leben, eine Mindest-



bleiben arbeitslos. Die Mindestsiche

sicherung im Sinne des Gesetzes gewähren.

Michael Hennermann für den Verein für Obdachlose, Innsbruck